

Von den Schwierigkeiten kumulativer Sozialforschung

Einige kritische Anmerkungen zu Hubert Kriegers Untersuchung des Wahlverhaltens von Arbeitslosen im Lichte von Anti-Regierungs- und Klientelhypothese (PVS Jg. 25, 1985, H. 4)

Jürgen W. Falter/Hans Rattinger/Reinhard Zintl

Es ist spätestens seit der Weltwirtschaftskrise in der sozialwissenschaftlichen Diskussion praktisch unumstritten, daß – insbesondere länger andauernde – Arbeitslosigkeit bei den persönlich Betroffenen und vielleicht auch bei sonstigen Personen zu bestimmten politischen Reaktionen führen *muß*. Strittig ist allenfalls, welcher Art diese Reaktionen sind, ob sie sich primär gegen die Regierungspartei(en) oder das politische System als ganzes richten, ob sie in Massenmobilisierung oder politischer Apathie münden. Daß diese Fragen angesichts der anhaltenden Beschäftigungskrise, in der sich das deutsche Wirtschafts- und Sozialsystem seit nunmehr gut vier Jahren befindet, längst nicht mehr rein akademischer Natur sind, ist offensichtlich. Es ist daher nur konsequent, wenn sich auch die empirische Politikwissenschaft dieses Problembereiches annimmt, was sie – wenngleich sicherlich nicht mit ausreichender Intensität – nun schon seit Jahren tut. *Hubert Krieger* vom Institut für angewandte Sozialwissenschaft nimmt in Heft 4/1985 der *PVS* diese theoretisch wie empirisch mit einem gewissen kumulativen Impetus geführte Debatte allerdings so gut wie gar nicht zur Kenntnis. Dies ist sein gutes Recht, oder besser: es wäre es, wenn seine Untersuchung nicht auf diese Weise vermeidbare begriffliche Unschärfen und theoretische Inkonsistenzen enthielte, durch die sowohl seine Arbeitshypothesen als auch seine empirische Analyse so gravierend in Mitleidenschaft gezogen werden, daß seine substantiellen Resultate teilweise in Frage gestellt, teilweise aber auch schlichtweg invalidiert werden.

Eine solche Behauptung bedarf natürlich des Nachweises. Wir werden versuchen, ihn anhand mehrerer Punkte zu führen.

1. Theoretische Inkonsistenzen und begriffliche Unschärfen

(a) *Krieger* rezipiert die von *Rattinger* (1980) in Anschluß an *Hibbs* (1977) in die deutsche Debatte eingeführte sogenannte Klientelhypothese in völlig ungenügender Weise. Seine Darstellung der Hypothese auf S. 360 ist schlichtweg falsch. Es geht hierbei nicht, wie *Krieger* unterstellt, um die Möglichkeit der Existenz von Stammwählerschaften, sondern um die Aktivierung von Interessenlagen bestimmter Wählergruppen durch bestimmte ökonomische Probleme und um die Hinführung dieser Wählergruppen zu Parteien, die sich bei entsprechender Programmatik traditionell

an solchen Wählergruppen orientieren. Im konkreten Falle kann dies bedeuten, daß ein bestimmtes ökonomisches Problem die Wahrscheinlichkeit des Abfalls von der „traditionell“ interessenvertretenden Partei reduziert. Dies bedeutet mit anderen Worten also nicht: Arbeitslose wählen eher sozialistische oder sozialdemokratische Parteien als Nicht-Arbeitslose, wie *Krieger* meint, sondern: *ceteris paribus* bleiben Arbeitslose eher bei der ihnen traditionell verbundenen Partei als Erwerbstätige. Auch gibt es innerhalb der Gesamtwählerschaft die Möglichkeit von Gegeneffekten bei solchen Wählern, die typisch auf andere ökonomische Probleme, etwa auf Preisstabilität, reagieren und sich darin typisch von anderen Parteien vertreten fühlen, eine Möglichkeit, die *Krieger* in seiner Hypothesenbildung nicht ausreichend berücksichtigt.

Wie wenig er die Klientelhypothese verstanden hat, belegen seine Teilhypothesen 7 bis 10 (S. 361), die lediglich die vorab festgestellte (von uns nicht bestrittene) Tatsache variieren, daß Arbeitslose im Durchschnitt der SPD näher stehen als die Wählerschaft insgesamt oder erwerbstätige Vergleichsgruppen. Eine derartige Behauptung ist sicherlich sozialstrukturell absicherbar, hat aber mit der Klientelhypothese nichts zu tun (diese findet sich allenfalls im ersten Satz von Hypothese 6 wieder, dort aber nicht ausreichend genau differenziert).

(b) Tatsächlich handelt es sich um verschiedene Betrachtungsebenen: Über Stammwähleranteile zu sprechen bedeutet erst einmal Aussagen über das Niveau der Parteibindung bestimmter Wählergruppen zu machen (dies wird in der oben angeführten *ceteris paribus*-Klausel angesprochen). Dagegen sind Antiregierungs- und Klientelhypothese Bewegungshypothesen, d. h. sie treffen Aussagen über Reaktionen von Wählern auf bestimmte ökonomische Situationen, die auf dieses Niveau „aufmoduliert“ werden. Ausgehend von einem – beispielsweise sozialstrukturell determinierten – Niveau der Parteineigung einer bestimmten Gruppe behaupten beide Hypothesen unterschiedliche Reaktionsgesichtspunkte und daher je nach Situation gleichgerichtete (falls die präferierte Partei in der Opposition ist) oder unterschiedliche (falls die präferierte Partei in der Regierung ist) Reaktionsrichtungen. *Krieger* jedoch kann sich nicht entscheiden, was er meint; dies hat zur Konsequenz, daß die beiden Hypothesen gar nicht miteinander konkurrieren können: Die Tatsache, daß es Stammwähler gibt, ist ebensowenig ein Beleg gegen die Antiregierungshypothese wie für die Klientelhypothese, wie *Krieger* anzunehmen scheint.

(c) Auch ist es irreführend, wenn *Krieger* lediglich die Antiregierungshypothese als „rationalistisch“ im Sinne der Ökonomischen Theorie der Politik etikettiert (S. 363). Dahinter verbergen sich gleich zwei Irrtümer: Als Reaktionshypothese ist die Klientelhypothese natürlich ebenfalls „rationalistisch“, da auch hier zielgerichtetes Handeln vorliegt. *Krieger* scheint die Klientelhypothese, die er fälschlicherweise als Niveauhypothese auffaßt, für „nichtrational“ zu halten. Selbst in diesem Falle jedoch wäre eine derartige Charakterisierung nicht zwangsläufig richtig, da auch Gruppenbindung sehr wohl das Resultat rationaler Verarbeitung von Erfahrungen sein kann.

(d) Diese theoretische und begriffliche Verwirrung findet auch in Abbildung 1 auf S. 359 und den dazugehörigen Text Eingang. Die Abbildung ist schwer verständlich und mit den unmittelbar anschließenden Ausführungen nicht kompatibel. So ist es beispielsweise rätselhaft, woher *Krieger* die Differenzierung zwischen den Reaktionsformen A1 und C gewinnt und wie er diese Unterscheidung operationalisieren will. Die unmittelbar daran anschließenden, mit a bis d bezeichneten „Thesen“ haben mit den Zellen von Abbildung 1 nichts zu tun, obwohl der Text diesen Eindruck erweckt. Falsch ist bei diesen vier „Thesen“, daß Apathie nur vorhergesagt werden könne, wenn keine Attribution der Arbeitslosenproblematik an das politische System erfolge. Falsch ist im letzten Absatz auf S. 359 und dem darauf aufbauenden folgenden Text auch die Gegenüberstellung von Antiregierungseffekt und verstärkter Klientenorientierung einerseits und politischer Radikalisierung andererseits. Beide Arten von Effekten können sowohl systemimmanent als auch mit extremer Anti-System-Orientierung verbunden sein. Ob man eher den einen oder den anderen Wirkungsmechanismus der Arbeitslosigkeit erwartet, ist für die Frage eventueller Radikalisierung ohne Bedeutung (vgl. hierzu auch *Falter 1984; Rattinger 1985: 99 f.*).

(e) Zumindest verwirrend ist beim Versuch, die von *Krieger* entwickelten Hypothesen nachzuvollziehen, der Gebrauch der Begriffe „Aggregat“ und „Kontext“ (S. 361, 357). Man fragt sich, was *Krieger* jeweils darunter versteht, was für ihn Aggregatebene, was Kontext eigentlich konkret bedeuten. Er entfernt sich in beiden Fällen recht weit vom gängigen wissenschaftlichen Sprachgebrauch. Auch dies wäre wiederum „nur“ verwirrend, wenn sich daraus nicht Folgerungen für seine empirische Analyse ergäben: *Kriegers* Versuch, longitudinale „Kontexteffekte“ global steigender Arbeitslosigkeit zu analysieren, ist mit den von ihm herangezogenen Daten nach einem strikten Verständnis von Kontextanalyse nicht durchführbar. Kontexteffekte hätte er bestenfalls durch regionale Variation oder durch eine Kombination von regionaler und longitudinaler Variation bei seinen immerhin acht oder neun Meßzeitpunkten untersuchen können. Dazu hätte es allerdings echter Kontextdaten bedurft, also beispielsweise der Arbeitslosenquote in den jeweiligen Stichprobenpunkten. Da sich *Krieger* stattdessen auf die Globalentwicklung der Arbeitslosigkeit während nur fünf Jahren bezieht und seine diesbezügliche Hypothese alles andere als präzise formuliert ist, sind die von ihm vorgestellten Befunde wohl eher als im Sinne empirisch orientierter Theoriebildung bedeutungslos einzustufen. Er hätte sich entscheiden sollen, ob er longitudinale Aggregatdatenanalyse oder Individualdatenanalyse im Querschnitt betreiben will und ob sich seine Hypothese, daß mit steigender Arbeitslosigkeit der Antiregierungseffekt zunehme, auf einen Anstieg oder auf ein hohes Niveau der globalen Arbeitslosigkeit beziehen soll. Vermeidet man, wie dies der Verfasser leider tut, eine derartige Präzision der Begriffs- und Hypothesenbildung und eine adäquate Wahl der Analyseebene, dann ist es nicht weiter verwunderlich, wenn man zu dem Ergebnis kommt, daß alles gleichzeitig stimmt.

(f) Man könnte diese Leporelloliste theoretischer und begrifflicher Mängel noch weiter fortführen. Ärgerlich ist, daß früher und an anderer Stelle durchaus die notwendige

gedankliche Vorarbeit bereits geleistet worden ist, durch die manche Schwächen des *Kriegerschen* Aufsatzes hätten vermieden werden können (vgl. etwa *Kramer* 1971; *Hibbs* 1977; *Kiewiet* 1981, 1983; *Rattinger* und *Puschner* 1981; *Rattinger* 1980; 1983; 1985; 1985a; *Falter* 1984; 1985; *Zintl* 1985). Aber auch da, wo *Krieger* einschlägige Vorarbeiten zitiert, erfolgt die Übernahme so ungenau, daß der theoretische Gewinn gering bleibt. Dies wäre vielleicht nicht allzu tragisch, wenn nicht von diesen theoretischen und begrifflichen Unzulänglichkeiten die *Kriegerschen* Ergebnisse so stark tangiert würden.

2. Zur empirischen Aussagekraft der Resultate *Kriegers*

(a) Als Globalkritik ist zunächst festzuhalten, daß *Krieger* trotz des vorzüglichen Datenmaterials und der hohen Fallzahlen seine Daten vorwiegend rein bivariat analysiert. Eine Kontrolle etwa der Parteibindung findet nicht statt. Die separate Auszählung und graphische Darstellung nach sozialstrukturell definierten Milieus ist dafür bestenfalls ein zweitrangiger Ersatz. Dadurch entgeht *Krieger* ein in seinen Daten eigentlich trotzdem evidenter und zentraler Befund: Wenn es zutrifft, daß Arbeitslose insgesamt eher mit der SPD sympathisieren, dann sollten sie, falls die Anti-Regierungshypothese tatsächlich falsch ist, wie *Krieger* ja behauptet, in seiner Abbildung 4 vor dem Regierungswechsel 1982 deutlich über den sonstigen Wählern liegen. Andererseits sollten die Arbeitslosen nach dem Regierungswechsel, d.h. in der rechten Hälfte von Abb. 4, selbst dann unterhalb der sonstigen Wähler liegen, wenn die Anti-Regierungshypothese falsch ist, und zwar allein dadurch, daß den Arbeitslosen unabhängig von der Regierungszusammensetzung die SPD sympathischer ist. Wegen seiner unpräzisen Hypothesenübernahme und der rein bivariaten Analyse wird dem Verfasser jedoch nicht bewußt, daß seine Daten sowohl vor wie nach dem Regierungswechsel die Anti-Regierungshypothese unterstützen, daß dieser Effekt aber durch das gewählte Auswertungsverfahren in Abbildung 4 vor dem Regierungswechsel optisch verschwindet, nach dem Wechsel dagegen übertrieben wird. Noch deutlicher wird dies in Abbildung 3, wo der Vorsprung der SPD vor den Unionsparteien bei den Arbeitslosen bis zum Regierungswechsel beständig abnimmt und sich anschließend wieder erheblich vergrößert. Dieser Effekt wird hier sogar ohne Kontrolle von Parteibindung oder sozialstrukturellen Milieus sichtbar.

(b) Was die empirischen Befunde zur Klientelhypothese angeht, sei nochmals hervorgehoben, daß diese sich eben nicht in der Feststellung einer höheren SPD-Neigung von Arbeitslosen erschöpft, wie *Krieger* unterstellt, sondern daß sie – noch immer vereinfacht ausgedrückt – höchstens eine Verstärkung der ohnehin höheren SPD-Bindung durch die persönliche Erfahrung der Arbeitslosigkeit impliziert. In der Datenanalyse kann man unschwer nach Kontrolle der Schichtzugehörigkeit erneut den vom Autor verworfenen Anti-Regierungseffekt auf individueller Ebene ausmachen (vgl. Abb. 7). Dennoch behauptet *Krieger* in seiner Zusammenfassung der Ergebnisse genau das Gegenteil (S. 372).

(c) Schließlich wird das Resümee des Aufsatzes durch die Datenanalyse kaum gedeckt. Dies trifft in besonderem Maße für die Aussagen über nicht-vorhandene einheitliche politische Reaktions- und Verarbeitungsformen der Arbeitslosigkeit auf individueller Ebene zu. Da *Krieger* keine Arbeitslosenstudie durchgeführt hat und ihm über die zwischen Arbeitslosigkeit und politischem Resultat intervenierenden Verarbeitungsprozesse entweder keine Daten vorliegen oder er solche nicht auswertet, ist er zu derart weitreichenden Aussagen auch gar nicht in der Lage, was ihn aber nicht hindert, sie dennoch zu treffen.

3. Fazit

Insgesamt enthält der Aufsatz interessantes deskriptives Material zur Wahlabsicht der Arbeitslosen zwischen 1980 und 1985, wobei der Verfasser – wenn auch selbst für diese Fragestellung wiederum nicht als erster (vgl. *Rattinger* 1983) – durch die Zusammenfassung von Umfragedatensätzen zu ausreichend hohen Fallzahlen kommt. Der Stand der Forschung über den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Wahlverhalten ist jedoch in der Zwischenzeit derart, daß man von einer empirischen Studie zu dieser Problematik erwarten muß, daß sie auf den einschlägigen Vorarbeiten aufbaut und nicht etwa theoretisch und datenanalytisch hinter diese zurückfällt, wie das u. E. *Kriegers* Aufsatz tut. Nach dem gegenwärtigen Diskussionsstand geht es dabei zentral um die Frage, wie man zwei möglicherweise gleichzeitig wirksame Prozesse, nämlich den Anti-Regierungs-Effekt und die Klientelenbindung (bzw. deren Verstärkung), Prozesse, die noch dazu unterschiedlich durch Parteibindungen konfundiert werden können, empirisch auf der Individualebene und auf verschiedenen Aggregatenebenen auseinanderhalten kann. In der gegenwärtigen Debatte ist es nicht sinnvoll zu behaupten, daß der eine Mechanismus gelte und der andere nicht, sondern zu untersuchen, welcher wann, warum, bei wem und in welchem Umfang wirksam ist. Dazu aber leistet der *Kriegersche* Aufsatz noch nicht einmal indirekt einen Beitrag. Wir raten daher davon ab, die vom Autor vorgestellten theoretischen Aussagen und empirischen Befunde beim Nennwert zu nehmen.

Literatur

- Falter, Jürgen W.*, 1984: Politische Konsequenzen von Massenarbeitslosigkeit. Neue Daten zu kontroversen Thesen über die Radikalisierung der Wählerschaft am Ende der Weimarer Republik, in: *PVS* 25, 275–295.
- Falter, Jürgen W.*, 1985: Zur Stellung ökonomischer Sachfragen in Erklärungsmodellen individuellen politischen Verhaltens, in: *Oberndörfer* u. a., 131–155.
- Hibbs, Douglas A.*, 1977: Political Parties and Macroeconomic Policy, in: *American Political Science Review* 71, 1467–1487.
- Kiewiet, Donald R.*, 1981: Policy-Oriented Voting in Response to Economic Issues, in: *American Political Science Review* 75, 448–459.
- Kiewiet, Donald R.*, 1983: *Macroeconomics and Micropolitics. The Electoral Effects of Economic Issues*, Chicago.

- Kramer, Gerald H., Short-Term Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1896–1964, in: *American Political Science Review* 55, 131–143.
- Oberndörfer, Dieter/Rattinger Hans/Schmitt, Karl (Hrsg.), 1985: Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- Rattinger, Hans, 1980: Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- Rattinger, Hans, 1983: Arbeitslosigkeit, Apathie und Protestpotential. Zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1980, in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*, Opladen, 257–317.
- Rattinger, Hans, 1985: Politisches Verhalten von Arbeitslosen: Die Bundestagswahlen 1980 und 1983 im Vergleich, in: *Oberndörfer u. a.*, 97–130.
- Rattinger, Hans, 1985a: Allgemeine und persönliche wirtschaftliche Lage als Bestimmungsfaktoren politischen Verhaltens bei der Bundestagswahl 1983, in: *Oberndörfer u. a.*, 183–218.
- Rattinger, Hans/Puschner, Walter, 1981: Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik. Wirtschaftslage und Wahlverhalten 1953–1980, in: *PVS* 22, 264–286.
- Zintl, Reinhard, 1985: Zur politischen Wirkungsweise von makroökonomischen Variablen: Ein Problemaufriß, in: *Oberndörfer u. a.*, 45–59.

Hubert Krieger wird im nächsten Heft auf diesen Beitrag antworten. (D. Red.)